

JOHN F. KENNEDY-INSTITUT
FÜR NORDAMERIKASTUDIEN
Abteilung für Geschichte

WORKING PAPER NO. 1/1986

Jürgen Honeck

"Spekulantentum" und Versorgungskrise in
Pennsylvanien zur Zeit des amerikanischen
Unabhängigkeitskrieges

144/86/1058



Copyright © 1986 by Jürgen Honeck

John F. Kennedy-Institut
für Nordamerikastudien
Freie Universität Berlin

Lansstrasse 5-9
1000 Berlin 33

Federal Republic of Germany

VORTRAG
vom 5. Februar 1986
am
John F. Kennedy-Institut
Berlin

Spekulantentum und Versorgungskrise in Pennsylvanien
zur Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges.

--

Das achtzehnte Jahrhundert erlebte in zunehmendem Maße die Ablösung der durch den Staat reglementierten Wirtschaftsform des Merkantilismus und eines dem Gemeinwohl verpflichteten Eigentumsbegriffs durch das liberale, von sozialen Eigentumsbindungen befreite Ethos des 'laissez-faire'. Die Wandlung vom "korporativen" zum "liberalen" Eigentumsbegriff offenbarte sich u.a. während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges¹⁾, als Händler, Kaufleute, Farmer und die staatlichen Nahrungsmiteileinkäufer durch eine ungehemmte Spekulation mit Nahrungsmitteln die sozialen und ökonomischen Spannungen in der amerikanischen Bevölkerung wesentlich verschärften. Insbesondere die Unterschichten hielten am tradierten Begriff des "korporativen Eigentums" fest, dem die Forderung zugrundelag, daß der wirtschaftliche Erfolg des Einzelnen der Gemeinschaft ("Korporation") zugute kommen, zumindest jedoch "auf keinen Fall anderen Mitgliedern der Gemeinschaft schaden" sollte.²⁾ Eine entgegengesetzte Position bezogen die Anhänger des "liberalen Eigentumsbegriffs", die sich für eine freie, nicht unmittelbar am Gemein-

wohl orientierte Verfügung von Eigentum und gegen staatlichen Dirigismus aussprachen.

Ein wichtiger Bestandteil der korporativen Wirtschaftsordnung war der "just price", welcher in der Vorstellungswelt des 18. Jahrhunderts vor allem bei der Masse der Bevölkerung noch eine zentrale Rolle spielte. Als "just price" bezeichnete man diejenige Kaufsumme, "which would neither 'disgust' merchants nor 'wound' consumers". In wirtschaftlich ungetrübten Zeiten entsprach der "just price" zumeist dem jeweiligen Marktpreis, aber in Zeiten der wirtschaftlichen Bedrängnis wurde der "gerechte Preis" zu einem "price of social stability, the price that would still be accessible to the majority of the population".³⁾ Neben der unmittelbar in ihrer Existenz bedrohten Unterschicht hielt anfänglich auch der Staat an dieser Sichtweise fest, weil er in schwierigen ökonomischen Zeiten kein Interesse an der Aufheizung sozialen Unruhepotentials haben konnte. Allerdings ließ es die Obrigkeit zuweilen an der nötigen Entschlossenheit fehlen, um diesen wünschenswerten, sozialen Frieden stiftenden Zustand herbeizuführen. Im Gegenteil mußte die Volksmenge ("crowd"), die oft genug am Rande des Existenzminimums vegetierte, zu gewalttätigen Aktionen greifen, um ihrer Forderung nach einem "gerechten Preis" für lebensnotwendige Güter und Nahrungsmittel - insbesondere Brot - Nachdruck zu verleihen.

Ein probates Mittel, den "just price" in wirtschaftlich instabilen Zeiten durchzusetzen, war die "taxation populaire". Bei dieser Art des Nahrungsmittelaufstandes 'beschlagnahmte' die hungernde Volksmenge das Mehl und Getreide derjenigen Farmer und Müller, die sie des Hortens und Preistreibens verdächtigte, wobei die an der Aktion Beteiligten "(would) set a price recognized as the just price for the commodity (and usually far below the current market price...), sell the food, and pay the owner."⁴⁾

Die "moralische Ökonomie" der Armen, welche die Vorstellung einer gerechten, auf 'moralischen' Grundsätzen aufgebauten Wirtschaftsordnung vermittelte, rechtfertigte diesen Einsatz von Zwang und Gewalt mit der Berufung auf traditionelle Rechte, die der Unterschicht das Überleben garantierten.⁵⁾ Jedoch zeichnete sich bereits im siebzehnten Jahrhundert ab, daß diese "moral economy" nur noch durch "direkte Aktionen (riots) der Betroffenen und durch öffentliche Festsetzung des Brotpreises",⁶⁾ dem wichtigsten

Nahrungsmittel dieser Zeit, durchgesetzt werden konnte. Die ethische Verpflichtung zur Wahrung des Gemeinwohls vermochte sich ohne einen solchen Druck nicht mehr zu behaupten.

In wirtschaftlich prosperierenden Zeiten durften die Händler und Kaufleute darauf vertrauen, daß man sie bei der Abwicklung ihrer profitablen Geschäfte unbehelligt ließ. Hingegen forderten die "um den täglichen Lebensmittelkampf besorgten Massen" die Einführung von Handels- und Marktbeschränkungen in ökonomischen Notzeiten, "wenn sie ihre Existenz bedroht glaubten."⁷⁾ Die "food-rioters" waren bei ausbrechenden Hungersnöten sogar geneigt, ihre wirtschaftliche Misere der Profitgier der Kaufleute zuzuschreiben, deren Spekulationseifer durch eine untätige staatliche Verwaltung noch zusätzlichen Auftrieb erhielt.⁸⁾ So lasteten etwa die Sans-culottes in Frankreich die Gefährdung ihres "droit a l'existence" den Händlern und Kaufleuten an, die sie des Spekulantentums und der bewußt herbeigeführten Nahrungsmittelverknappung bezichtigten. Dieses "höchst konkrete...Feindbild bestimmte ihr ökonomisches Denken weit nachhaltiger als die Rücksichtnahme auf abstrakte und anonyme wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten."⁹⁾ Insbesondere der Getreidehandel wurde von den Menu peuple 'auf's Korn genommen'. Es vertrat die Meinung, daß Getreide ein allgemeines Gut sei, über das das Volk bestimmte Rechte und Befugnisse besaß.¹⁰⁾ Selbst die Behörden in Frankreich waren der Ansicht, daß Getreide, welches sich im Besitz eines Händlers befand, kein uneingeschränktes Rechtsgut darstellte, über das der Eigentümer willkürlich und ohne Rücksichtnahme auf die Not der Bevölkerung verfügen konnte.¹¹⁾

Steigende Lebensmittelpreise und das Spekulantentum auf den Märkten führten in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts zu weitverbreiteten Aufständen in England und Frankreich. Die Teilnehmer an diesen "Nahrungsmittelaufständen" warfen der Obrigkeit vor, daß sie ihre Pflicht zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu einem "gerechten Preis" vernachlässigt habe.¹²⁾

Obwohl in den englischen Kolonien Nordamerikas eine derartige Unzufriedenheit wegen der gleichmäßigeren Verteilung von Landbesitz und der höheren Löhne nur wenig Nahrung fand, waren Tumulte, die wegen gestiegener Lebensmittelpreise ausbrachen, den Kolonisten doch nicht völlig fremd. Vor allem das koloniale Handwerk, welches die Hauptlast der Teuerungen zu tragen hatte, erblickte in den

neuen Prinzipien des 'Freien Marktes' die Zerstörung des alten, 'gerechten' Preisgefüges und die Gefährdung seiner wirtschaftlichen Interessen.¹³⁾ Thomas Paine, der als "radikaler Bourgeois" für die Entwicklung eines geeinten Amerika auf marktwirtschaftlicher Grundlage plädierte, hielt dem entgegen, daß die prekäre Wirtschaftslage der Bevölkerung auf die Auswirkungen einer "bad government", nicht jedoch auf den negativen Effekt des Freien Marktes zurückzuführen sei.¹⁴⁾ Paine hoffte, daß mit der Einführung des Republikanismus in den Kolonien das Übel der Armut abgeschafft würde. Dies konnte aber nur gelingen, wenn es zu erreichen war, die Masse der Bevölkerung zu 'politisieren', deren "differential political attitudes" eigenständiges und selbstbewußtes politisches Handeln stets ausgeschlossen hatten.¹⁵⁾

Die in den amerikanischen Kolonien ausbrechenden Tumulte und Aufstände beruhten nicht ausschließlich auf einer eigenständigen "tradition of popular uprisings",¹⁶⁾ sondern waren auch europäischen Einflüssen ausgesetzt. Zwar waren Brotaufstände und Hugerrevolten in Amerika - im Gegensatz zu Mutterland - sehr selten, es war jedoch zwischen 1760 und 1770 eine große Zahl von englischen Einwanderern in Philadelphia angekommen, die einer Gesellschaft den Rücken gekehrt hatten, "which had recently been wracked by food riots."¹⁷⁾

Trotz diesem aus dem Kontext europäischer Verhältnisse in die amerikanischen Kolonien einfließenden Protestpotentials, konnte sich jedoch die traditionelle Sichtweise "of the social role of government and the proper economic roles of producers, consumers, merchants, and officials",¹⁸⁾ welche dem "paternalistischen Modell" innewohnte und dessen Funktionstüchtigkeit durch die 'Brotaufstände' erzwungen wurde, nur bedingt auf die sozial-ökonomischen Verhältnisse der amerikanischen Kolonien auswirken. Wo eine staatliche Verwaltung nur ansatzweise oder überhaupt nicht vorhanden war, bestand nur wenig Aussicht, daß sich die "paternalistische" Aufgabe der Regierung, Kontrollen zum Schutze des Konsumenten zu erlassen, verwirklichen lassen würde. Das Fehlen dieses staatlichen 'Paternalismus' in den Kolonien hatte darüber hinaus die Folge, daß sich in den amerikanischen Städten und ländlichen Gebieten, wo die Bevölkerung unabhängig von solchen paternalistischen Beziehungen lebte, ein "dissenting radicalism" herausbildete, der mit seiner Betonung "on individual liberty, freedom of thought...and Parliamentary reform"¹⁹⁾ die Einführung paternalistischer Strukturen noch zusätzlich erschwerte.

Seit ihrem Bestehen fiel den englischen Kolonien in Nordamerika die Aufgabe zu, als Rohstofflieferant und Absatzmarkt des Mutterlandes zu fungieren. Die Ausrichtung des amerikanischen Handels auf England prägte daher ganz entschieden die Wirtschaftsform der Kolonien.²⁰⁾ Zur wichtigsten Figur im wirtschaftlichen Gefüge der Kolonien wurde der "merchant", der als Ex- bzw. Importeur die amerikanischen Kolonien der merkantilen Politik Englands nutzbar machte. Die Hauptaufgabe des "merchant" bestand darin, die Agrarprodukte der Farmer aufzukaufen und deren Transport zu den Verbraucherzentren zu organisieren. Ein Teil dieser Agrarprodukte wurde in den amerikanischen Städten wieder verkauft, in der Hauptsache aber nach England oder anderen Gegenden exportiert.

Die schnell wachsende Bevölkerung der Kolonien, die um 1700 etwa 257.000 Menschen zählte, im Jahre 1760 aber bereits auf 1.593.625 Einwohner angeschwollen war, ermöglichte ein Handelsvolumen, das in den Jahren 1772/73 über ein Drittel des gesamten Im- und Export Englands ausmachte. Das gegenseitige Nutzverhältnis gestaltete die merkantilen Beziehungen zwischen den Kolonien und ihrem Mutterland ziemlich problemlos. Billige Kredite, ein steter Handelsstrom aus England sowie der Schutz durch die britische Navy führten zur Zufriedenheit der Kolonisten. Erst die am Ende der Kolonialperiode auftretenden Kredit- und Handelskrisen überzeugten viele Kolonisten, daß ihre wirtschaftliche Prosperität innerhalb des britischen Merkantilsystems gefährdet war. Das Problem lag jetzt im englischen Empire selbst.²¹⁾

Die drohenden Kriegshandlungen mit England zwangen die amerikanischen Kolonien zu politischen und wirtschaftlichen Vorsichtsmaßnahmen. Im September 1774 beschloß der Erste Kontinentalkongreß einen Maßnahmenkatalog, der das englische Parlament in die Knie zwingen und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit den "necessaries of life" sicherstellen sollte. Neben der Einstellung aller Im- und Exporte von und nach Großbritannien hatte Artikel XI der Continental Association in Anbetracht der knappen Gütervorräte die bereits bestehenden oder noch neu zu schaffenden "Councils of Safety" (Sicherheitsausschüsse) autorisiert, die Preise für Güter und Nahrungsmittel festzusetzen, um so Spekulanten an der Ausübung ihres 'Gewerbes' zu hindern.²²⁾ In Pennsylvanien ermächtigte das Abgeordnetenhaus das am 30. Juni 1775 ins Leben gerufene "Committee

of Safety", welches ein Jahr später als "Council of Safety" reorganisiert und personell erweitert wurde, zu den Preisfestsetzungen. Vom Juni 1775 bis zum Dezember 1776 stellte der Sicherheitsausschuß die eigentliche Exekutive in Pennsylvanien dar.²³⁾

Gegen die Preisfestsetzungen der Sicherheitsausschüsse regte sich jedoch bald Widerstand. Auf Gewinne bedachte Spekulanten, die vorwiegend aus dem Lager der Kaufleute und Händler stammten, umgingen einfach die Regulationen oder 'bewogen' die Sicherheitsausschüsse, die Preisfestsetzungen und angeordneten Marktüberwachungen unter Hinweis auf die sonst drohende Verschlechterung der Versorgung zurückzunehmen. Bereits im Frühjahr 1776 sah sich das "Committee of Inspection and Observation" in Philadelphia, dem die Überwachung der Preisregulationen oblag, zu einer Anfrage beim Kontinentalkongreß veranlaßt, "whether they ought to continue the exercise of the power of regulating the price of goods in other instances than that of green tea."²⁴⁾ In seiner Antwort erläuterte der Kongreß, daß die in Artikel IX der Continental Association aufgeführten Güter fast aufgebraucht waren. Da weitere Importe nur unter "an extraordinary risk and expence" zu beschaffen waren, sei es angemessen, "that adventurers should be encouraged by a prospect of gain adequate to the danger." Daher ordnete der Kongreß an, daß das Recht der Komitees, die Preise festzusetzen, aufhören sollte. Nur bei Tee durfte das Recht auf Preisfestsetzungen fortbestehen.²⁵⁾ Die Inkompetenz des Kontinentalkongresses, der eher einer dürftigen 'Gesandtenkonferenz' der Einzelstaaten als einem gewichtigen Machtfaktor glich, maß allerdings dieser Anordnung nur wenig Bedeutung zu.

Die Preisfestsetzungen der Sicherheitsausschüsse und Komitees stellten eine Reaktion auf die provokativen Handlungen der Warenspekulanten dar. Anfang März 1776 hatten die Distriktkomitees der Stadt Philadelphia eine Untersuchung der Preise für westindische Produkte durchgeführt und waren zu dem Ergebnis gelangt, "that the exorbitant prices were the result of engrossing."²⁶⁾ Wegen der allmählich um sich greifenden Praktiken der Spekulanten sah sich der Sicherheitsausschuß in Philadelphia im Frühjahr 1776 zur Abgabe einer Erklärung genötigt, in der einige Personen aus Philadelphia, "whose affluence ought to set them above the temptation of taking an advantage of the distress of their fellow citizens", beschuldigt wurden, daß sie große Mengen an Salz, Rum, Kaffee und Zucker gehortet hatten, um sie anschließend zu stark überhöhten Preisen wieder zu verkaufen.²⁷⁾ Es waren gerade die Händler und Kaufleute, von denen man erwartete, daß sie in wirtschaftlich pre-

kären Zeiten, wo die Armut - insbesondere für die unteren Schichten der Bevölkerung - oft hart zuschlug, ihre Gewinnerwartungen auf ein Mindestmaß zurückschraubten.

Das grassierende Unwesen der Preistreiber und Nahrungsmittelverknapper rief gemeinsame Aktionen der Einzelstaaten auf den Plan. Die 'Providence Convention' vom Dezember 1776, an der die Staaten New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island und Connecticut teilnahmen, stellte einen ersten Versuch auf überstaatlicher Ebene dar, einen für die Neuenglandstaaten gültigen Katalog von Löhnen und Preisen auszuarbeiten. Der von dieser Zusammenkunft ausgearbeitete Plan wurde zunächst vom Kontinentalkongreß begrüßt, aber bereits im Februar 1777 wieder fallen gelassen. Als Ausgleich dafür lud der Kongreß zu einer neuerlichen 'Convention' im pennsylvanischen York ein, der neben dem Gastgeberland die Staaten von Delaware, Maryland, New Jersey, New York und Virginia angehörten. Die "York Convention" war jedoch nicht in der Lage, die vorhandenen Differenzen zwischen den Teilnehmerstaaten zu überbrücken. Auch dieser Versuch endete daher mit einem Scheitern der Verhandlungen.²⁸⁾ Von Erfolg gekrönt wurden schließlich die Bemühungen der Neuenglandstaaten sowie New Yorks im Juli 1777, die auf der 'Springfield Convention' greifbare Ergebnisse erzielten. Die Versammlung verabschiedete Gesetze gegen "monopoly and oppression" und verhängte harte Strafen gegen Preistreiber und Spekulanten.²⁹⁾ Durch diese Resultate ermutigt, lud der Kongreß abermals zu einer 'Convention' ein, diesmal nach New Haven. Dort beschlossen die 'Middle Colonies' einheitliche Lohn- und Preissätze. Lediglich bei "enumerated articles", d.h. Waren und Güter, die ihrer Sonderstellung wegen einer unterschiedlichen Behandlung bedurften, ließ die 'New Haven Convention' abweichende Preisvorschriften in den einzelnen "Zonen" zu, die jeweils mehrere Staaten umfaßten. Pennsylvanien gehörte derjenigen "Zone" an, die auch New York, New Jersey und Connecticut zu ihren Mitgliedern zählte.³⁰⁾

Trotz dieser sich abzeichnenden Erfolge bei den Preisfestsetzungen auf den überstaatlichen 'Conventions' war es jedoch für die verheißungsvolle Durchsetzung solcher Maßnahmen unumgänglich, daß sich alle Staaten zu einer einheitlichen Kooperation bereitfanden. Eine im Januar 1780 tagende 'Convention' der Staaten Pennsylvanien, New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, New Jersey,

Delaware und Maryland vertrat denn auch die Ansicht, "that any measures for regulating prices, adopted without the concurrence of all the states...might prove ineffectual."³¹⁾ In der Tat hatte sich 1779 die Bevölkerung Philadelphias darüber beschwert, daß die Farmer in den Nachbarstaaten Maryland und New Jersey, wo sich die vereinbarten Preisregulationen noch nicht auf die heimischen Agrarprodukte erstreckten, höhere Preise für ihre Erzeugnisse verlangen durften, was die Nachfrage der an Finanzmitteln chronisch unterversorgten amerikanischen Armee nach billigem, d.h. preisreguliertem Getreide in Pennsylvanien verstärkte und somit die Versorgung der einheimischen Bevölkerung gefährdete.³²⁾ Daher bat die 'Convention' in ihrem Tagungsort Philadelphia den Gouverneur von Virginia, Thomas Jefferson, die übrigen Staaten zur Teilnahme an gemeinsamen Preisabsprachen zu bewegen.³³⁾ Nur durch gemeinsame Anstrengungen war zu erwarten, daß man den beängstigenden Zuständen an der 'Preisfront' Herr werden konnte.

Die staatlichen Preisregulationen in Pennsylvanien gaben im Krisenjahr 1779 den Anlaß zu einer Kontroverse, an der sich einzelne Handwerksgruppen besonders stark beteiligten. Einige der "mechanics" erblickten in den Preisfestsetzungen für ihre Produkte so nachteilige finanzielle Einbußen, daß sie durch die geminderten Verkaufsgewinne ihre Existenz gefährdet glaubten. Als das von einer Stadtversammlung ins Leben gerufene "Committee of the City of Philadelphia", das als Antwort auf die unzureichenden Maßnahmen der Regierung gegen die Spekulanten entstanden war und zeitweise die Exekutive sogar zu ersetzen schien, die Preise für Leder und Schuhwerk festsetzte, entgegneten die Schuhmacher der Stadt, "that we as one particular branch of mechanics should be held up as extortioners, when it must appear to every gentleman conversant with our mechanical branch, that all we want is a living profit on our labour."³⁴⁾ Die Leder- und Schuhhersteller präsentierten eine Kalkulation, wonach die Preise für ihre Produkte einen Zuwachs von 14:1 aufwiesen, während die Preise für die "necessaries of life" im Verhältnis von 20:1 gestiegen waren.³⁵⁾

Die Motive der Habgier und Gewinnsucht sowie die hohen Kostensteigerungen infolge gestiegener Versicherungsprämien im kriegsverunsicherten transatlantischen Handel erklären nicht vollständig, warum sich einige der "merchants" so vehement gegen Preisvorschriften wehrten. Der Dissens zwischen Bevölkerung und "merchant" war vielmehr auch eine Folge ihrer unterschiedlichen 'Weltanschauung'. Der Bruch vollzog sich dort, wo die neue Vorstellung des "Freien Marktes" mit dem tradierten Moralbegriff des Volkes nach einem "just price" kollidierte.

Nathanael Greene, General der Kontinentalarmee und einer der führenden Kaufleute seines Landes, vertrat stellvertretend für viele seiner Mitstreiter im Kaufmanns- und Handelsgewerbe ein ökonomisches "laissez-faire"-Prinzip, mit welchem sich weder Preisfestsetzungen noch sonstige Handelsbeschränkungen rechtfertigen ließen. Greene betrachtete Preisfestsetzungen als ineffektiv und unvereinbar mit den "principles of commerce".³⁶⁾ Benjamin Rush, Abgeordneter Pennsylvaniens im Kontinentalkongreß, hielt es für erwiesen, daß Regierungen "have been employed in all ages to regulate the price of necessaries to no purpose." "We estimate our virtue by a false barometer when we measure it by the price of goods."³⁷⁾ Den Mitgliedern des Kontinentalkongresses hielt er entgegen, daß sie zwar den Preis für das Pfund Tee auf 0.75 \$ festgesetzt hatten, aber tagtäglich mitansehen mußten, wie der Tee für 1.50 \$ verkauft wurde. Selbst die Kaufleute, erläuterte Rush weiter, die ihre Güter zu den limitierten Preisen veräußerten, kompensierten ihren 'Verlust', indem sie eine hohe Gewinnspanne auf die von den Regulationen ausgenommenen Verpackungen und Behältnisse legten, welche die Handelswaren umschlossen. Trotz seiner ablehnenden Haltung gegen Preisvorschriften schloß Rush jedoch nicht aus, daß die Ursache der hohen Preise zu ^{14/}Teil auf die Machenschaften der "monopolizers" zurückzuführen war. Allerdings widersprach er der Auffassung, daß nur "Tories" zu solchen Handlungen fähig waren.³⁸⁾ Obwohl auch George Washington davon überzeugt war, daß die Limitierung der Preise "is inconsistent with the very nature of things",³⁹⁾ verurteilte er dennoch die Umtriebe der Spekulanten. In seinen Augen stellte das Spekulantentum einen Verfall der öffentlichen Tugend, "a decay of public virtue" dar.⁴⁰⁾

Allein die Aufforderung des Kongresses an die Kaufleute und Händler, ihren Waren "at such stated reasonable prices" zu veräußern,

wie sie von den staatlichen Einkäufern für die Kontinentalarmee festgesetzt wurden,⁴¹⁾ rief ihren Widerwillen hervor. Eine Persönlichkeit wie John Jay, einer der Präsidenten des Kontinentalkongresses, späterer Gesandter am spanischen Königshof und Mitautor der Federalist Papers, vertrat sogar den Standpunkt, daß man viel mehr erwarten durfte "from the enterprise, activity and industry of private adventurers than from the luke-warmness of assemblies."⁴²⁾ Selbst der Kongreß vertrat in späteren Jahren die Ansicht, daß nur gute Gewinnaussichten der Händler und Kaufleute die Gewähr für ein gesundes Wirtschaftsleben boten. An das Abgeordnetenhaus von Massachusetts schrieb der Kongreß im Jahre 1781, "(that) no commerce can be long pursued which instead of enriching impairs the substance of the merchant."⁴³⁾

Nicht nur die Kaufleute und Händler, sondern auch die Farmer beteiligten sich am Gewinn- und Profitstreben. Das im Frankreich des achtzehnten Jahrhunderts verbreitete Bild - die tugendhafte Republik amerikanischer Farmer -⁴⁴⁾ war wenig realistisch. Die amerikanischen Kolonien waren ein an Farmern reiches Land. Trotz der hohen Löhne für gelernte Arbeitskräfte sorgte die Attraktivität des Farmerdaseins dafür, daß ein stetiger Arbeitskräfteanteil in die Landwirtschaft abfloß. Daher war die Gefahr gering, daß die hohen Löhne den Arbeitsmarkt übersättigen würden. Im Gegenteil ermöglichten es die im Vergleich zu Europa großzügigen Lohnzahlungen, daß die Kaufsumme für eine Farm bald gespart und der "workman" weg vom Arbeitsplatz war.⁴⁵⁾

Schon vor der Amerikanischen Revolution war Kritik an den Farmern laut geworden. Als im Jahre 1765 Großbritannien und einige südeuropäische Staaten, die zuvor von schweren Unwettern heimgesucht worden waren, größere Mengen an Weizen, Mehl und Brot in den amerikanischen Kolonien nachfragten, warfen die Zeitungen in den Kolonien den Farmern vor, daß sie auf Kosten der ärmeren Kolonisten einträgliche Profite eingestrichen hatten.⁴⁶⁾ Offensichtlich hatten die Farmer ihr Getreide gewinnträchtig an das Ausland verkauft, anstatt es den bedürftigeren Kolonisten zu einem niedrigeren Preis zu überlassen. Insbesondere in Pennsylvanien, wo sich die Getreideproduzenten in viel stärkerem Maße an der Vermarktung und am Export ihrer Agrarerzeugnisse orientierten als in

den anderen amerikanischen Kolonien, blickte die städtische Bevölkerung mit einem gewissen Argwohn auf die Farmer der "commercial farm society."⁴⁷⁾ Als wichtigstes Getreideanbauggebiet genoß Pennsylvanien um 1775 "den Ruf der Kornkammer Amerikas."⁴⁸⁾

Die Bestimmungen der Continental Association, die den Handel mit Agrarprodukten für das Ausland zunächst vollständig einschränkten, sowie der sich im Jahre 1775 bereits abzeichnende Krieg mit England übten anfänglich nur wenig Eindruck auf die Farmer aus. Im Gegensatz zu den Müllern, die in Anbetracht des drohenden Exportembargos "were hurrying their flower to market",⁴⁹⁾ schienen die Farmer über die drohenden Handelsrestriktionen weniger beunruhigt. Noch im September 1775, als der totale Handelsboykott bereits in Kraft getreten war, berichtete man von Farmern, die entweder nicht glauben wollten, daß die Häfen geschlossen würden, oder aber so taten, als gingen die Handelsbeschränkungen sie nichts an. Unbeeindruckt brachten sie ihr Getreide auf den Markt, um es dort an die Exporteure zu verkaufen.⁵⁰⁾ Es dauerte jedoch nicht lange, bis auch die Farmer die Realität des Exportembargos zu spüren bekamen. Die sehr ergiebige Getreideernte des Jahres 1775 und das Schließen der Auslandsmärkte hatten ein Überangebot an Getreide geschaffen, welches die Farmer nicht mehr absetzen konnten. Auch die Farmer waren jetzt von den Auswirkungen der Handelsrestriktionen unmittelbar betroffen.⁵¹⁾ Das Gewicht ihrer einsetzenden Klagen war aber so groß, daß der Kontinentalkongreß im Frühjahr 1776 nicht umhin konnte, den Export von Agrarerzeugnissen zumindest teilweise wieder zuzulassen. Anfang 1776 hatte sich nämlich gezeigt, daß die ersten vier Monate des Totalboykotts die Landwirtschaft und den Handel der amerikanischen Kolonien auf das Äußerste in Mitleidenschaft gezogen hatten. Daher drängten die Farmer, von denen ein Großteil auf Gedeih und Verderb vom Export ihrer Agrarerzeugnisse abhing, den Kontinentalkongreß, daß er eine Modifikation der Continental Association zu ihren Gunsten vornehme. Dem Druck der Farmer entsprach schließlich der Kongreß am 1. März 1776, als er den totalen Handelsboykott aufhob und ihn durch einen "teilweisen Boykott" ersetzte. Die am 6. April 1776 vom Kongreß verkündeten Bedingungen des Teilboykotts sahen vor, daß amerikanische Erzeugnisse - bis auf ganz wenige Ausnahmen - in alle Teile der Welt exportiert werden durften, die nicht unter der Herrschaft Großbritanniens standen. Für den Import galten analoge Bestimmungen.⁵²⁾

Der Auffassung J. Hector St. John de Crèvecoeur, eines aus Frankreich in die amerikanischen Kolonien emigrierten verarmten Adligen, daß die moralische Aufrichtigkeit eine der Tugenden des amerikanischen Farmers sei,⁵³⁾ widersprachen zuweilen die hohen Preise, welche die Farmer den Käufern ihrer Erzeugnisse abverlangten. Als ein Beamter des Schatzamtes beim Kontinentalkongreß Bericht darüber erstattete, "(that) the price of cattle in Pennsylvania is most exorbitant", wies der Kongreß angesichts knapper Finanzmittel den Haupteinkäufer für die Kontinentalarmee an, "to suffer as few as possible to be purchased in that state."⁵⁴⁾

In Boston legten die Einwohner ihre miserable Versorgungslage zu einem Teil den Farmern zur Last, die es vorzogen, ihre Agrarerzeugnisse nicht an die Bewohner von Boston, sondern an die englischen Truppen unter General Burgoyne zu verkaufen, "for which they (d.h. die Farmer, d. Verf.) receive gold and silver, a species that, maugre all their loud clamours for liberty, they cannot forbear preferring to continental paper."⁵⁵⁾ Der Vertrauensschwund in Papiergeld war auf dem Lande besonders weit vorangeschritten. In einem Brief an den Oberkommandierenden der amerikanischen Armee berichtete der Präsident Pennsylvaniens, Joseph Reed, daß das Vertrauen der Landbevölkerung "in paper money is so shaken that the produce of the country is furnished to the commissioners with much reluctance."⁵⁶⁾

Den Preisfestsetzungen begegneten viele Farmer mit distanzierter Zurückhaltung. Oft weigerten sie sich, ihre Produkte zu den fixierten Preisen zu verkaufen. Je weiter die Inflation voranschritt, desto unwilliger gebärdeten sich die Farmer, ihre Erzeugnisse für Papiergeld zu verkaufen. Selbst ein Drei-Tage-Ritt bis an die Grenze nach Maryland führte zu der bitteren Erkenntnis eines Kaufmanns, "that farmers will not sell for any price."⁵⁷⁾ Als das Abgeordnetenhaus Pennsylvaniens im Februar 1778 ein Gesetz verabschiedete, das die staatlichen Einkäufer in den einzelnen counties ermächtigte, "to purchase or to seize, at stated prices, all provisions necessary for the army", reagierten die Farmer mit passivem Widerstand. Präsident Reed berichtete, daß sich die Farmer weigerten, mehr Getreide zu säen, als sie für sich und ihre Familien benötigten. Auf diese Weise versuchten sie, einer Konfiskation von überschüssigem Getreide zu entgehen, die ihnen bei einer Verweigerung des Verkaufs zu regulierten Preisen drohte.⁵⁸⁾

Im Frühjahr 1779 verabschiedete die Legislative von Pennsylvanien ein Gesetz, das zum Schutze dienstverpflichteter Farmer in der pennsylvanischen Miliz diente. Durch den Milizdienst war den kleineren Farmern die Möglichkeit genommen worden, "of putting in their crops". Deswegen sprach das Gesetz die Befürchtung aus, daß die Familien der dienstverpflichteten Farmer "must, before harvest, suffer through want of bread, not by reason of any real scarcity of that article, but chiefly because many of those persons who remained at home, and minded their farms...have by that means raised large quantities of grain, and being prompted by avarice, minding only their own private gain, and regardless of the public weal...have hoarded up or monopolized the same, and refuse to sell any part thereof." Die Friedensrichter wurden ermächtigt, alles überschüssige Getreide, welches die im Gesetz genannten Farmer weder zum Lebensunterhalt noch zum Füttern ihrer Tiere benötigten, zu beschlagnahmen. Zu diesem Zwecke erhielten sie die Befugnis, "to break open and enter...by force" das Anwesen der betreffenden Farmer. Das beschlagnahmte Getreide sollte dann "at the current price" an bedürftige Familien verteilt werden.⁵⁹⁾

Das Spekulantentum und die Inflation des kontinentalen Papiergeldes, das im Mai 1781 den schwindelerregenden Tauschkurs von 900:1 gegenüber Hartgeld erreicht hatte,⁶⁰⁾ setzten der Armenfürsorge besonders hart zu. Auch das Papiergeld der Einzelstaaten wurde in den Strudel der Inflation hineingezogen. Die frühzeitige Weigerung eines Teils der Handel treibenden Bewohner, das inflationsträchtige Papiergeld als Zahlungsmittel zu akzeptieren, brachte ihnen den Vorwurf ein, maßgeblich zum bedrohlichen Ausmaß der Inflation beigetragen zu haben. Insbesondere die Armen und die ihren Lebensunterhalt absichernde Armenfürsorge gerieten angesichts steigender Preise und einer in die Höhe schnellenden Inflationsrate unter Druck.

Im achtzehnten Jahrhundert haftete dem Begriff "poor" bei der Oberschicht ein Mangel an Moral und Intelligenz an. Sie war davon überzeugt, daß die Armen durch die Verführungskünste von politischen Demagogen ernsthaft 'gefährdet' waren. Dem politischen Problem der

Armut begegnete man daher am besten, indem man die Armen von jeglicher politischen Verantwortung ausschloß.⁶¹⁾ Im zeitgenössischen England rügten gar die merkantilistischen Moralisten, daß die Armen unfähig seien, "auf Anreize und Disziplin positiv zu reagieren."⁶²⁾ So setzte sich die Auffassung durch, "daß Faulheit die eigentliche Ursache der Armut sei",⁶³⁾ deren Überwindung folgerichtig in Erziehung und Fleiß zu suchen war.

Ein Mittel zur Disziplinierung der Armen fand sich in den Arbeitshäusern, zu deren Errichtung die Friedensrichter in England seit 1596 ermächtigt waren. Weigerte sich ein Armer, in das Arbeitshaus eingewiesen zu werden, so zog dies in der Regel den Fortfall der Fürsorgeansprüche nach sich. Die Arbeitshäuser und sonstigen Institutionen der Armenfürsorge dienten dem Zweck, "Wertvorstellungen und Verhaltensnormen der bürgerlichen Ober- und Mittelschichten auf die Unterschichten" auszudehnen.⁶⁴⁾

Obwohl es im Vergleich zu Europa wesentlich weniger Arme in den amerikanischen Kolonien gab, so ist die Errichtung von Arbeitshäusern um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts in Amerika doch ein Beweis dafür, daß es um diese Zeit mehr arme Menschen in der amerikanischen Gesellschaft gab als vorher. Diese Feststellung trifft sich mit der These von der "Europäisierung" der amerikanischen Gesellschaft, die im Verlaufe des achtzehnten Jahrhunderts einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung ausgesetzt war.⁶⁵⁾

Die Kosten für den Unterhalt der Armen in Philadelphia wurden durch private Spenden, dem Verkauf der im Arbeitshaus erstellten Produkte, der Armen- und Hundesteuer sowie einiger zusätzlicher Gelder gedeckt. Im Zeitraum 1774 bis 1775 unterhielten das "House of Employment" sowie das "Alms-House" in Philadelphia im jährlichen Durchschnitt 317 Personen; "2/3 of whom were in the Alms-House, and incapable of any Service." Daneben erhielt eine beträchtliche Anzahl von Bewohnern Philadelphias eine Art von 'Hilfe zum Lebensunterhalt', dem sog. "out-door-relief". Im Arbeitshaus hatten die Insassen im Jahre 1774 insgesamt 624 yards linsey, 3.437 yards Leinen, 237 Paar Schuhe, 186 Paar stockings sowie andere Kleinartikel hergestellt. Die meisten dieser Artikel wurden in diesem Jahr verkauft, was dem Arbeitshaus eine nicht zu verachtende Einnahmequelle bescherte. Einige der Produkte wurden allerdings auch an Arme und Bedürftige verschenkt, die im Hospital lagen oder arbeitsunfähig waren.⁶⁶⁾

Beliefen sich die Unterhaltskosten für die Armen in Philadelphia in den Jahren 1774 bis 1775 auf £ 4.178-11s-5d, so hatten sich ein Jahr später die Kosten bereits auf £ 5.014-18s-9d erhöht.⁶⁷⁾

Allen Vorurteilen zum Trotz bewiesen die erbärmlichen Zustände der Armen, daß weder Faulheit noch Arbeitsunwilligkeit, sondern blanke Not sie in das Arbeits- und Almosenhaus getrieben hatte. Die meisten der 147 Männer, 178 Frauen und 85 Kinder, die 1775 und 1776 Aufnahme bei der Armenfürsorge in Philadelphia gefunden hatten, waren "naked, helpless and emaciated with Poverty and Disease to such a Degree, that some have died in a few Days after their Admission, but many others were happily recovered."⁶⁸⁾ Im gleichen Zeitraum wurden 29 Kinder im "Alms-House" geboren. Drei Viertel der Aufgenommenen "were wholly incapable of any kind of advantageous Labour or Employment in manufacturing." Die Unterhaltskosten für die Armen im Arbeits- und Almosenhaus sowie die Verpflegungsgebühren von 30 "poor, destitute Women" und 50 "helpless, poor infants" im städtischen Hospital für die Jahre 1775 und 1776 führten zu Unkosten, welche die Finanzkraft der Armenfürsorge überstiegen. Da diesesmal die im Arbeitshaus hergestellten Artikel "are all or mostly used for cloathing the poor", die Erlöse somit gleich Null waren, mußten andere Geldquellen gefunden werden, um die Versorgung der Armen sicherzustellen. Eine Untersuchungskommission, die vom pennsylvanischen Abgeordnetenhaus beauftragt worden war, die Zustände im Arbeitshaus zu untersuchen, erbat denn auch die Hilfe des Hohen Hauses für die Finanzierung des Defizits in der Armenfürsorge. Im fast biblisch verklärenden Sinne bezeichnete die Kommission das Arbeitshaus als eine Institution "for cloathing the naked, feeding the hungry, healing the sick, and administering Comfort and Relief to the distressed of every kind." Trotz aller böswilligen Vorurteile gegen das Arbeitshaus und der Möglichkeit, daß bei einer strengen Auslegung der Gesetze ein Großteil der im Arbeitshaus Aufgenommenen tatsächlich kein Anrecht auf Unterstützung besaß, war es nach Auffassung der Kommission jedoch ein Gebot der Menschlichkeit, daß in Not geratene Menschen "ought not to be left to suffer."⁶⁹⁾

Wie sehr die Inflation der Armenfürsorge zusetzte, bewiesen die aberwitzige Geldbeträge, die für den Unterhalt und die Beschäftigung der Armen aufgebracht werden mußten, aber mit der Geldentwertung nicht Schritt hielten. In Philadelphia betrugen die Unkosten des Arbeits- und Almosenhauses in den Jahren 1779 und 1780 die stolze

Summe von £ 34.052-15s. Für den Zeitraum 1780 bis 1781 wurden sogar £ 289.056-18s-9,5d ausgegeben, die aber trotzdem nicht ausreichten, um die Insassen mit dem Nötigsten zu versorgen. Die "Managers" des Arbeits- und Almosenhauses, die für das Betreiben dieser Einrichtungen verantwortlich waren, beschrieben die Geldentwertung als "so very rapid, that it (d.h. die große Geldsumme, d. Verf.) will go but a little Way in Support of 110 poor, helpless Objects."⁷⁰⁾ Erst die Umstellung auf Hartgeld und die neuen Emissionen des pennsylvanischen Papiergeldes in den Jahren 1781 und 1782 stellten den Armenfonds wieder auf solide Finanzgrundlagen.

Die Vorgänge in Pennsylvanien zur Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges bewiesen, wie nachhaltig das Spekulantentum der Bevölkerung Pennsylvaniens Versorgungsprobleme bereitete. Die krisenhafte Zuspitzung der Versorgungslage im Jahre 1779 wäre ohne die Spekulanten, die im ohnehin erntearmen Jahr 1779 durch ihre hamsternden Einkäufe und überhöhten Preisforderungen die Lage wesentlich verschärften, kaum denkbar gewesen. Der Ernst der Lage drückte sich nicht zuletzt in der Bildung von Komitees aus, die durch ihren Charakter als Bollwerke gegen die englischen 'Unterdrückungsmaßnahmen' in den 1760er und 1770er Jahren dem Verlangen der Bevölkerung nach wirtschaftlichen Regulationen und Preisfixierungen eine besondere Legitimation verliehen. Auch die von der pennsylvanischen Legislative und Exekutive ergriffenen Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung gegen das Spekulantentum bewiesen, wie nötig ein staatliches Eingreifen gegen die Praktiken der Spekulanten war.

Ebenso drohten auch jene Kolonisten, die die Annahme des kontinentalen Papiergeldes verweigerten, den Einwohnern, welche ihren Lebensbedarf vorwiegend in dieser Währung deckten, die Lebensadern abzudrücken.

Die Auswirkungen des Spekulantentums waren deswegen so bedeutsam, weil die allgemeine Versorgungsgrundlage der Bevölkerung Pennsylvaniens in der Revolutionszeit den Schluß zuläßt, daß zumindest in 'normalen' Kriegsjahren, in denen weder eine schlechte Ernte noch ein übermächtiges Spekulantentum die Bedarfsdeckung der Bewohner vereitelten, eine Nahrungsmittelversorgung weitgehend gesichert war.

Erst das massive Auftreten von Spekulanten gefährdete in ernsthafter Weise diese Versorgungslage und zwang die Bewohner, in für sie zweckmäßigen Formen dagegen vorzugehen.

Bevorzugte Spekulationsobjekte waren Nahrungsmittel, wobei Mehl und Salz sich der besonderen Vorliebe der Spekulanten erfreuten. In der Festsetzung des Mehl- und Brotpreises, einem wichtigen Gradmesser für die soziale Zufriedenheit der Bevölkerung zu jener Zeit, zeigte sich, daß das existentielle Nahrungsmittel Brot auch in den amerikanischen Kolonien seine Eminenz unter allen übrigen Nahrungsmitteln behauptete.

Die Liste der Spekulanten wurde von den Kaufleuten und Händlern angeführt, durchdrang jedoch in abgemildeter Form fast alle Schichten der Bevölkerung. Selbst einfache Einwohner, die ein starkes materielles Interesse an der Unterdrückung des Spekulantentums haben mußten, wiesen zuweilen eine Disposition zum Spekulieren auf. Dennoch bleibt festzustellen, daß sich das Ethos vom freien, d.h. spekulationsfreudigen Preis bevorzugt in solchen Gesellschaftskreisen durchzusetzen vermochte, wo althergebrachte gesellschaftliche Konventionen, wie etwa die "moralische Ökonomie" oder ein "korporativer Eigentumsbegriff", weitgehend an Durchsetzungsvermögen verloren hatten. Dies traf in hohem Maße auf Kaufleute und Händler zu, die als Verfechter liberaler Vorstellungen weder korporative Normen noch ein sozial eingebundenes Wirtschaftsleben zu akzeptieren vermochten. Diese Haltung entsprach nicht notwendigerweise einem Akt der Willkür, sondern erwuchs auch aus der aufrechten Überzeugung vieler Kaufleute, daß gerade der Freie Markt durch seine 'demokratischen' Mechanismen am besten geeignet war, Konsumenten wie Produzenten einem "gerechten" Preis zuzuführen.

Die 'demokratischen' Mechanismen des Freien Marktes erwiesen sich freilich als wenig tauglich, als Kaufleute, Händler, staatliche Einkäufer, Farmer, Metzger, Müller und Bäcker mit ihren erpresserischen Preisforderungen die hilflose Bevölkerung an den Rand ihrer Existenz drängten. Abhilfe gegen die Umtriebe war nur durch ein kollektives Vorgehen zu erhoffen. Dies geschah zunächst durch Petitionen, später durch Stadtversammlungen und der Schaffung von Komitees, in denen sich die Bewohner Gehör für ihre berechtigten Anliegen erzwarren. Man zog den Spekulanten dort eine unmißverständliche Grenze, wo die lebensbedrohliche Gefährdung des Gemeinwohls begann.

E N D E

J. F. Kennedy-Institut
für Marktwirtschaftslehre

ANMERKUNGEN

- 1) Dirk Hoerder, Vom korporativen zum liberalen Eigentumsbegriff. Ein Element der Amerikanischen Revolution, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 2, S. 76
- 2) Ebd., S. 76
- 3) Steven L. Kaplan, Bread, Politics And Political Economy In The Reign Of Louis XV, The Hague, Niederlande, 1976, S. 59
- 4) Louise A. Tilly, The Food Riots as a Form of Political Conflict in France, in: The Journal of Interdisciplinary History, Vol. II, 1971 - 1972, S. 23f
- 5) Vgl. Edward P. Thompson, The Moral Economy of the English Crowd in the 18th Century, in: Past and Present, No. 50, 1971, S. 76 - 136
- 6) Hoerder, Eigentumsbegriff, S. 82f
- 7) Susanne Petersen, Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792 - 1793. Studien zum Verhältnis von revolutionärer Bourgeoisie und Volksbewegung bei Herausbildung der Jakobinerdiktatur, München/Wien, 1979, S. 18
- 8) Kaplan, Bread, Politics, S. 192ff
- 9) Petersen, Lebensmittelfrage, S. 112
- 10) Kaplan, Bread, Politics, S. 53
- 11) Ebd.
- 12) George Rudé, The Crowd in the French Revolution, New York, 1959, 1979, S. 232ff
- 13) Eric Foner, Tom Paine and Revolutionary America, New York, 1976, 1980, S. 146
- 14) Ebd., S. 97 - Für die Bezeichnung "radikaler Bourgeois" siehe Isaac Kramnick (Hg.), Tom Paine, Common Sense, Pelican Classics, S. 55
- 15) Foner, Tom Paine, S. 52
- 16) Pauline Maier, From Resistance to Revolution, Colonial Radicals and the Development of American Opposition to Britain 1765 - 1776, London, 1973, S. 3
- 17) Foner, Tom Paine, S. 47
- 18) Tilly, Food Riots, S. 46
- 19) Foner, Tom Paine, S. 9
- 20) Thomas C. Barrow, The American Revolution as a Colonial War for Independence, in: William and Mary Quarterly, 3. Ser., Jg. XXV, Juli 1968, Abgedruckt bei Robert F. Berkhofer (Hg.), The American Revolution, Boston, 1971, S. 25

- 21) Joseph Ernst, "Ideology" and an Economic Interpretation of the Revolution, in: Alfred F. Young (Hg.), The American Revolution, Explorations in the History of American Radicalism, De Kalb, 1976, S. 163, 171 - Siehe auch Kramnick (Hg.), Thomas Paine, Common Sense, S. 12 und Hoerder, Eigentumsbegriff, S. 92
- 22) Für die Bestimmungen der "Continental Association" siehe Journals Of The Continental Congress 1774 - 1789, edited from the original records in the Library of Congress, Washington, Government Printing Office, 1904, Vol. I, S. 75 - 80, 20. Oktober 1774
- 23) Richard Alan Ryerson, The Revolution Is Now Begun, The Radical Committees of Philadelphia, 1765 - 1776, University of Pennsylvania Press, 1978, S. 122
- 24) The Pennsylvania Gazette, 8. Mai 1776. Issued on microfilm by The Historical Society of Pennsylvania, second edition, 1962. Nachfolgend mit "Pa. Gazette" abgekürzt.
- 25) Ebd.
- 26) The Pennsylvania Ledger & Weekly Advertiser, 9. März 1776. Issued on microprints by the American Antiquarian Society. Nachfolgend mit "Pa. Ledger" abgekürzt.
- 27) Erklärung des Committee of Safety in Philadelphia vom 5. März 1776. Abgedruckt in "Pa. Gazette", 6. März 1776
- 28) Richard Brandon Morris, Government and Labor in Early America, New York, 1946, Boston, 1981, S. 94, 98, 100ff
- 29) Vgl. etwa die diesbezüglichen Ausführungen bei ebd., S. 103
- 30) Ebd., S. 104f
- 31) "In Convention", Philadelphia, 7. Februar 1780. Abgedruckt in The Pennsylvania Packet, 15. Februar 1780. Issued on microprints by The American Antiquarian Society. Nachfolgend mit "Pa. Packet" abgekürzt. Siehe auch "Pa. Gazette", 16. Februar 1780
- 32) Petition des "Committee of 120" an das pennsylvanische Abgeordnetenhaus vom 18. September 1779. Abgedruckt in "Pa. Packet", 18. September 1779 und in "Pa. Gazette", 22. September 1779.
- 33) Siehe Fußnote No. 31
- 34) "Remonstrance in behalf of the cordwainers", Philadelphia. Abgedruckt in The Pennsylvania Evening Post, 3. Juli 1779. Issued on microprints by The American Antiquarian Society. Nachfolgend mit "Pa. Evening Post" abgekürzt.
- 35) "From a Committee of tanners, curriers and cordwainers", Philadelphia. Abgedruckt in "Pa. Packet", 15. Juli 1779
- 36) Zitiert bei Foner, Tom Paine, S. 153
- 37) Benjamin Rush, Tagebuchaufzeichnung vom 14. Februar 1777. Abgedruckt bei Henry Steel Commager und Richard B. Morris (Hg.), The Spirit of 'Seventy-Six', The Story of The American Revolution as told by Participants, New York, 1958, S. 782 - 784
- 38) Ebd.
- 39) George Washington an James Warren, 31. März 1779. Saul K. Padover (Hg.), The Washington Papers, New York, 1955, S. 180
- 40) Ebd., S. 179

- 41) "In Congress", Beschluß vom 27. Januar 1776. Journals of the Continental Congress, Vol.4, S. 97f
- 42) John Jay während einer Debatte im Kontinentalkongreß vom 20. Oktober 1775, Journals of the Continental Congress, Vol. 3, S. 496
- 43) Antwort des Kontinentalkongresses vom 19. April 1781 auf einen Brief des Abgeordnetenhauses von Massachusetts vom 10. März 1781. Papers of the Continental Congress, 1774 - 1789, Book of Estimates, Roll-No. 22, Item 12, Nationalarchiv der USA, Washington D.C.
- 44) J.H. Plumb, The Fascination of Republican Virtue Amongst the Known and the Unknown, in: The Development of a Revolutionary Mentality, Library of Congress Symposia on the American Revolution, Washington, 1972, S. 61
- 45) Daniel J. Boorstin, The Americans, The Colonial Experience, New York, 1958 (Paperbackausgabe), S. 261. Siehe auch Morris, Government and Labor, S. 48
- 46) Ernst, "Ideology" and an Economic Interpretation, S. 181
- 47) Für die Erläuterung der Begriffe "frontier society" und "commercial farm society" siehe Jackson Turner Main, The Social Structure of Revolutionary America, Princeton, 1965, insbes. S. 25 sowie Margit Mayer, Die Entstehung des Nationalstaates in Nordamerika, Frankfurt/Main, New York, 1979, S. 28
- 48) Willi Paul Adams, Revolution und Nationalstaatsgründung, 1763 - 1815, in: W.P. Adams (Hg.), Die Vereinigten Staaten von Amerika, Fischer Weltgeschichte, Bd. 30, Frankfurt, 1977, S. 27
- 49) Thomas Clifford an Thomas Frank, Bristol (England), 30. Mai 1775. Zitiert bei Anne Bezanson, Prices and Inflation During the American Revolution, Pennsylvania 1770 - 1790, Philadelphia, 1951, S. 79
- 50) Ebd.
- 51) John Ashburner, Baltimore, an James Gildart, 9. September 1775. Calendar of Home Office Papers Of The Reign Of George III, 1773 - 1775, Richard Arthur Roberts (Hg.). Zuerst veröffentlicht in London 1899. Nachdruck in Nendeln, Liechtenstein, o. Datum, S. 419
- 52) Arthur Meier Schlesinger, Sr., The Colonial Merchants And The American Revolution, 1763 - 1776, New York, 1957 (Neuaufgabe), S. 576, 579f
- 53) J. Hector St. John de Crèvecoeur, Letters From an American Farmer and Sketches Of Eighteenth-Century America, Albert E. Stone (Hg.), Penguin Books, New York, 1981
- 54) Anordnung des Kontinentalkongresses vom 27. Juni 1777, Journals of the Continental Congress, Vol. 8, S. 504
- 55) Information aus Boston, "Pa. Ledger", 20. Dezember 1777
- 56) Joseph Reed an George Washington, 24. April 1781. Pennsylvania Archives, Charles Hoban (Hg.), 8. Ser., Vol. 9, o. Ort, 1935, S. 99
- 57) Alexander McDowell an Colonel John Davis, Carlisle, 20. November 1778. Zitiert bei Bezanson, Prices and Inflation, S. 116

- 58) Vgl. James E. Ferguson, *The Power of the Purse*, Chapel Hill, 1961, insbes. S. 64
 - 59) Das Gesetz ist auszugsweise abgedruckt in "Pa. Packet", 12. Juni 1779
 - 60) Eine Inflationstabelle "From T.G." ist enthalten in "Pa. Gazette", 18. Juli 1780. Für den Tauschkurs 1781 siehe einen Brief der Delegierten Virginias beim Kontinentalkongress an den Gouverneur von Virginia, Thomas Jefferson, vom 8. Mai 1781, in: *Letters of the Members of the Continental Congress*, E.C. Burnett (Hg.), Ebenfalls abgedruckt bei Jack Richon Pole (Hg.), *The Revolution in America, 1754 - 1788. Documents and Commentaries*, London, 1979, S. 88
 - 61) Dirk Hoerder, *People and Mobs: Crowd Action In Massachusetts During the American Revolution, 1765 - 1780. Inaugural-Dissertation zum Dr. phil.*, Berlin, 1971, S. 549
 - 62) Edward P. Thompson, *Time, Work-discipline and Industrial Capitalism in: Past and Present*, No. 38, S. 56 - 97. Deutsche Ausgabe: "Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus", in: Dieter Groh (Hg.), *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie*, Frankfurt/Main, Berlin, 1980, S. 60
 - 63) Wolfram Fischer, *Armut in der Geschichte*, Göttingen, 1982, S. 46
 - 64) Ebd., 34, ebenso S. 43, 46
 - 65) Vgl. Hans-Christoph Schröder, *Die Amerikanische Revolution. Eine Einführung*, München, 1982, S. 27
 - 66) "From the Committee, appointed by the managers of the contributions for the relief and employment of the poor." Der Bericht ist abgedruckt in "Pa. Gazette", 14. Juni 1775.
 - 67) "Accounts of the Contributors to the relief and employment of the poor." Philadelphia. Die Aufstellung erstreckt sich über den Zeitraum vom 8. Mai 1775 bis zum 13. Mai 1776. Abgedruckt in "Pa. Gazette", 29. Mai 1776.
 - 68) "From the committee appointed to examine the accounts for the relief and employment of the poor in Philadelphia." Der Bericht der Untersuchungskommission ist enthalten in "Pa. Gazette", 29. Mai 1776.
 - 69) Ebd.
 - 70) "General State of the Accounts of the Contributors to the Relief and Employment of the Poor", Philadelphia. Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Zeiträume vom 25. März 1779 bis 8. Mai 1780, 8. Mai 1780 bis 14. Mai 1781 sowie vom 12. Mai 1781 bis zum 11. Mai 1782. Abgedruckt in "Pa. Gazette", 13. November 1782.
-

M A T E R I A L I E N

1. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO AFRO-AMERICAN STUDIES
(based on the holdings of the John F. Kennedy-
Institut library). Comp. and ed. by Werner Sollors.
Berlin 1972. - out of print -
2. VIOLENCE IN THE UNITED STATES: RIOTS - STRIKES -
PROTEST AND SUPPRESSION. A working bibliography
for teachers and students. Comp. and ed. by Dirk
Hoerder.
Berlin 1973. - out of print -
3. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO AFRO-AMERICAN STUDIES:
SUPPLEMENT ONE (based on recent acquisitions of
the John F. Kennedy-Institut library). Comp. and
ed. by Werner Sollors.
Berlin 1974. - out of print -
4. STUDIES ON THE INTERACTION OF SOCIETY AND CULTURE
IN AMERICAN PAST AND PRESENT. A bibliography of
dissertations, 1938-1973. Comp. and ed. by Dirk
Hoerder.
Berlin 1974. DM 10.-
5. BIBLIOGRAPHIE AMERIKANISTISCHER VERÖFFENTLICHUNGEN
IN DER DDR BIS 1968. Zsgest. und hrsg. von Christian
Freitag (u.a.)
Berlin 1976. DM 10.-
6. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES I
(based on the holdings of the John F. Kennedy-
Institut library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved,
Hanna-Beate Schöpp-Schilling.
Berlin 1976. DM 12.-
7. AMERICAN LABOR HISTORY. Research, teaching, and
bibliographic aids. Comp. and ed. by Dirk Hoerder.
Berlin 1976. - out of print -
8. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES II
(based on the holdings of the John F. Kennedy-
Institut library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved,
Hanna-Beate Schöpp-Schilling.
Berlin 1976. DM 12.-

9. WORKING PAPERS ON AMERICAN STUDIES IN THE TEACHING OF ENGLISH. Ed. by Winfried Fluck. Berlin 1976. DM 12.-

10. YOUNG MR. LINCOLN. Der Text der Cahiers du Cinéma und der Film von John Ford. Ergebnisse und Materialien eines Seminars hrsg. von Winfried Fluck. Berlin 1979. - out of print -

11. DIRECTORY OF EUROPEAN HISTORIANS OF CANADA AND THE UNITED STATES. Addresses, publications, research in progress. Comp. and ed. by Willi Paul Adams und Wolfgang J. Helbich. Berlin 1979. - out of print -

12. "ANGLOS ARE WEIRD PEOPLE FOR ME". Interviews with Chicanos and Puerto Ricans with a preface and introductions by Wolfgang Binder. Berlin 1979. DM 22.-

13. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES. SUPPLEMENT ONE. (based on the holdings of the John F. Kennedy Institut library) Comp. and ed. by Dagmar Loytved. Berlin 1980. DM 12.-

14. DIE DEUTSCHSPRACHIGE AUSWANDERUNG IN DIE VEREINIGTEN STAATEN. Berichte über Forschungsstand und Quellenbestände, hrsg. von Willi Paul Adams. Berlin 1980. - out of print - DM 12.-

15. USA UND DEUTSCHLAND. AMERIKANISCHE KULTURPOLITIK 1942-1949. Bibliographie - Materialien - Dokumente. Hrsg. Michael Hoenisch, Klaus Kämpfe, Karl-Heinz Pütz. Berlin 1980. DM 22.-

16. THE ROLE OF THE UNITED STATES IN THE RECONSTRUCTION OF ITALY AND WEST GERMANY, 1943-1949. Papers presented at a German-Italian Colloquium... Introd. and ed. by Ekkehart Krippendorff. Berlin 1981. DM 22.-

17. PROCEEDINGS OF THE CONFERENCE ON AMERICAN STUDIES RESOURCES IN EUROPE held at the library of the John F. Kennedy-Institut from October 16th-20th, 1980. Ed. by Hans Kolligs and Peter Snow. Berlin 1981. DM 4.-

18. AFRO-AMERICAN STUDIES: A BIBLIOGRAPHY (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut library)
Comp. and ed. by Dagmar Loytved. 2 vols.
Berlin 1981. DM 42.-
19. THE MICROFORM HOLDINGS OF THE JOHN F. KENNEDY-
INSTITUT LIBRARY.
Berlin 1982. DM 15.-
20. BÜRGERINITIATIVEN IN AMERIKANISCHEN GROSSTÄDTEN.
Ulrich Andersch, Andreas Falke, Peggy White,
Sue Wilcox.
Berlin 1982. DM 21.-
21. REAGANISM: DAWN OR DUSK OF AMERICAN CONSERVATISM?
Karl Heinz Pütz.
Berlin 1984. DM 15.-
22. DER REGIONALE WANDEL IM SÜDEN DER USA.
Rudolf Hartmann.
Berlin 1985. DM 20.-
23. DIE AMERIKANISCHEN WAHLEN VON 1984 UND DIE DEMO-
CRATIC NATIONAL CONVENTION. MATERIALIEN UND BEITRÄ-
GE. Hrsg. von Karl Heinz Pütz.
Berlin 1985. DM 25.-